

UN-Experten warnen: Thailand soll Uyghuren nicht nach China abschieben

UN-Experten warnen Thailand, die Deportation von Uyghuren nach China zu stoppen. Die Männer könnten dort Folter und unmenschlicher Behandlung ausgesetzt sein. Hilferufe aus der Haft verstärken die Besorgnis.



Der internationale Druck auf Thailand wächst, einschließlich von der neuen US-Administration, hinsichtlich des Schicksals von Dutzenden von Uiguren, die seit über einem Jahrzehnt inhaftiert sind. Dies geschieht vor dem Hintergrund von Berichten, dass die thailändische Regierung plant, diese Gruppe nach China abzuschieben.

Appell der UN-Experten

Am Dienstag forderten UN-Experten Thailand auf, die mögliche Überstellung der Männer sofort zu stoppen. Sie warnten davor, dass die Betroffenen „realem Risiko von Folter oder anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe ausgesetzt sind, sollten sie zurückgeführt werden.“ Die Besorgnis über das Wohlergehen der 48 Männer, die seit 2014 in Bangkok festgehalten werden, nimmt zu, nachdem ein Uigure-Aktivist eine Sprachnachricht eines der Häftlinge teilte. In dieser Nachricht berichtete der Häftling, dass die Männer seit dem 10. Januar in einen Hungerstreik getreten sind, um gegen ihre drohende Abschiebung zu protestieren.

Zustände in der Haft

Arslan Hidayat, ein Aktivist, der mit der Kampagne „Justice for All's Save Uyghur“ zusammenarbeitet, informierte CNN, dass die Männer weiterhin im Hungerstreik sind. „Wir bitten verzweifelt um Hilfe von den Menschen in der freien Welt“, sagte der Häftling in einer Sprachnachricht, die Hidayat auf Instagram veröffentlichte. „Ihr wisst alle, was uns blüht, wenn wir nach China zurückgeschickt werden. Dies ist unser Hilferuf von euren 48 Brüdern in Thailand.“

Die 48 Männer wurden vor 11 Jahren von den thailändischen Behörden verhaftet, nachdem sie die Grenze nach Thailand überquert hatten, um der Verfolgung in China zu entkommen. Sie gehörten zu einer größeren Gruppe von etwa 350 Personen, von denen einige minderjährig waren, gemäß früheren Berichten von **UN-Experten** und Menschenrechtsgruppen.

Berichten zufolge sind fünf Uigure-Häftlinge, darunter ein Neugeborenes und ein 3-Jähriger, in Haft gestorben. Menschenrechtsgruppen behaupten, dass die Männer in „lebensbedrohlichen Bedingungen“ ohne Zugang zu Rechtsanwälten, Familienangehörigen oder Vertretern der Vereinten Nationen festgehalten wurden. Human Rights Watch **berichtet**, dass die Männer in „elenden Bedingungen mit schlechter Hygiene und unzureichender medizinischer

Versorgung“ leben.

Gesundheitszustand der Inhaftierten

„Uns wurde mitgeteilt, dass 23 der 48 Personen an ernsthaften Gesundheitsproblemen leiden, darunter Diabetes, Nierenfunktionsstörungen, Lähmungen des Unterkörpers, Hauterkrankungen, gastrointestinale Erkrankungen sowie Herz- und Lungenerkrankungen“, erklärten die acht UN-Experten am Dienstag. Dazu gehören die UN-Sonderberichterstatter für Folter und für die Menschenrechte von Migranten sowie andere unabhängige Menschenrechtsexperten, die vom UN-Menschenrechtsrat ernannt wurden.

„Es ist entscheidend, dass ihnen die notwendige und angemessene medizinische Versorgung zukommt“, fügten die UN-Experten hinzu.

Angst vor Abschiebung

Die Ängste, die 48 Personen würden bald in chinesische Gewahrsam überstellt, entstanden am 8. Januar, als thailändische Behörden den Häftlingen Berichten zufolge Dokumente zur „freiwilligen Rückkehr“ zur Unterschrift vorlegten, **so die Save Uyghur-Kampagne**. Häftlinge berichteten, dass ihre Fotos gemacht wurden und sie von Beamten im Einwanderungshaftzentrum zunehmenden Drohungen einer Deportation ausgesetzt waren.

Thailändische Beamte haben Berichte über die Pläne zur Abschiebung der Uiguren bestritten, hieß es in lokalen Medien. CNN hat die thailändische Polizei und den Verteidigungsminister um eine Stellungnahme gebeten.

Geschichte der Verfolgung

Die überwiegend muslimischen Uiguren sind eine ethnische

Minderheit aus Xinjiang, einer riesigen, nominal autonomen Region im fernen Westen Chinas. Die Unterdrückung der Uiguren und anderer ethnischer Minderheiten in Xinjiang wurde von den USA und anderen Ländern als „Völkermord“ bezeichnet, mit weit verbreiteten und glaubwürdigen Berichten über willkürliche Haft, **Massenüberwachung**, **Zwangsarbeit** und Bewegungsbeschränkungen – Vorwürfe, die China energisch bestreitet.

Ein **bahnbrechender Bericht** des UN-Hochkommissars für Menschenrechte aus dem Jahr 2022 kam zu dem Schluss, dass China „ernsthafte Menschenrechtsverletzungen“ gegen die Uiguren begangen hat und dokumentierte, was als willkürliche und diskriminierende Haft von Mitgliedern von **Uigurischen und anderen überwiegend muslimischen Gruppen** beschrieben wird.

Dringender Aufruf zur Intervention

Zur damaligen Zeit wurde geschätzt, dass mehr als 1 Million Uiguren und andere muslimische Minderheiten in außergerichtlichen „Umerziehungslagern“ festgehalten wurden. Die Beschreibungen der Haft waren geprägt von Mustern der **Folter** oder anderen Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, so die UN-Studie.

China hat **energisch bestritten**, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. Es hat zuvor erklärt, solche Einrichtungen eingerichtet zu haben, um „Extremismus“ in der Region zu bekämpfen, und hat seither erklärt, dass die Einrichtungen geschlossen wurden.

In einem Schreiben vom 10. Januar appellierten die 48 Häftlinge: „Wir bitten dringend alle internationalen Organisationen und Länder, die sich für Menschenrechte einsetzen, um sofortige Intervention, um uns vor diesem tragischen Schicksal zu bewahren, bevor es zu spät ist.“ Human Rights Watch **meldete**, dass sie „Risiken der erzwungenen Verschwindenlassen,

Langzeitinhaftierung, Folter und anderer schwerer Misshandlungen“ ausgesetzt sind, falls sie gewaltsam abgeschoben werden.

Druck auf Thailand erhöhen

Unter den prominenten Stimmen, die Druck auf Thailand ausüben, ist der US-Außenminister Marco Rubio, der erklärte, dass er sich während seiner Anhörung zur Senatsbestätigung am Dienstag gegen die Abschiebung der Uiguren einsetzen werde.

„Thailand ist tatsächlich ein sehr starker Partner der USA und ein historischer Verbündeter“, sagte Rubio. „Das ist ein Bereich, in dem die Diplomatie wirklich Ergebnisse erzielen könnte, aufgrund der Bedeutung dieser Beziehung und wie eng sie ist.“

In der Zwischenzeit schrieb John Moolenarr, Vorsitzender des House Select Committee on China, in der letzten Woche einen **Brief** an den thailändischen Botschafter in den USA und äußerte seine Besorgnis über die Berichte. Er forderte die Regierung auf, die Männer in ein drittes Land zu entlassen.

Die UN-Experten forderten Thailand ebenfalls auf, seine Verpflichtungen aus dem Völkerrecht zu respektieren. „Das Verbot der Refoulement verbietet die Rückführung oder Überstellung in jeglicher Form in ein Land, in dem ein reales Risiko von Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe besteht“, sagten sie.

Das südostasiatische Königreich ist kein Mitglied des 1951 Flüchtlingsabkommens und anerkennt das Konzept des Asyls nicht. Thailand hat eine Geschichte, Flüchtlinge über seine Grenzen zurückzuschieben und Dissidenten abzuschieben. Im Jahr 2015 schob Thailand 100 Uiguren nach China ab, was internationale Empörung auslöste. Das Schicksal und der Aufenthaltsort der Rückkehrten sind unbekannt, so die UN-Experten **in einem Bericht** im vergangenen Jahr.

In der gleichen Maßnahme wurden mehr als 170 Uigurinnen und Uiguren sowie Kinder freiwillig in die Türkei gebracht. Viele Familien wurden getrennt, darunter die Angehörigen der weiterhin in Thailand inhaftierten Männer.

„Wir fordern eine zeitnahe, effektive Untersuchung und Bewertung aller Umstände der Verhaftung und der fortdauernden Freiheitsentziehung dieser Personengruppe“, sagten die UN-Experten am Dienstag.

Diese Berichterstattung wird von CNNs Kocha Olarn aus Bangkok, Thailand, unterstützt.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at